

# Schwerpunkt

## Einführung Der Euro in Südosteuropa

**Jens Bastian**

*jensbastiano4@gmail.com*

2024 jährte sich zum zwanzigsten Mal der Beitritt von zehn Staaten aus Ostmittel- und Südosteuropa sowie dem Baltikum zur Europäischen Union. Der Jahrestag gab Anlass, das bisher Erreichte zu feiern. Das Jubiläum bot auch die Gelegenheit, in Erinnerung zu rufen, welche Integrationslücken weiterhin bestehen. Eine dieser Lücken betrifft die Einführung des Euro. Mit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 – selbiges gilt auch für Rumänien und Bulgarien, die 2007 EU-Mitglieder wurden – verpflichteten sich die Neumitglieder, ihre jeweilige Landeswährung durch den Euro zu ersetzen. Ein konkreter Fahrplan oder Beitrittstermin zur Gemeinschaftswährung war in dieser politischen Verpflichtung nicht enthalten. Als erstes Land der damaligen EU-Neumitglieder trat Slowenien 2007 dem Euro bei.

Der Euro, wie früher die Deutsche Mark (DM), ist seit langem das bevorzugte Zahlungsmittel in Ostmittel- und Südosteuropa. Es sei daran erinnert, dass ab etwa 1960 sogenannte „Gastarbeiter“ aus dem damaligen Jugoslawien beständig hohe Summen in die Heimat überwiesen. Dieses Geld wurde anschließend nicht in den Dinar konvertiert. Jugoslawische Banken boten „Devisenkonten“ an (in DM oder Schweizer Franken/CHF) mit günstigeren Zinsen als jene in Westeuropa. Diese Devisen wurden nicht nur in den Alltagskonsum überführt. Sie dienten auch für Investitionen in Wohnungen, den Erwerb von Agrarland und anderes. Mit dem Zerfall Jugoslawiens ging ein Teil dieser Ersparnisse verloren. In Serbien, nach dem Fall des Präsidenten Slobodan Milošević, bot der Staat den Geschädigten an, ihnen die Hälfte ihrer Guthaben auszuzahlen, wenn sie auf den Rest verzichteten. Viele haben das damals akzeptiert.

Die Hypothek für den Kauf einer Immobilie oder der Kredit für den Erwerb eines Computers wird heute überwiegend in Euro abgewickelt. Die Bankensektoren in Ostmittel- und Südosteuropa sind geprägt durch die Positionierung von österreichischen, italienischen, französischen und neuerdings auch wieder griechischen Finanzhäusern. Diese Zustände spiegeln die institutionelle Verflechtung mit westeuropäischen Volkswirtschaften und Finanzinstituten wider. Hinzu kommt die Bedeutung von Geldüberweisungen durch Arbeitsmigranten. Zudem fakturieren vor allem exportorientierte Unternehmen in Ostmittel- und Südosteuropa ihre Rechnungen in Euro und können in einzelnen Ländern die dazu notwendigen Steuern mit der Einheitswährung bezahlen.

In den folgenden vier Beiträgen soll eine Bestandsaufnahme der währungspolitischen Entwicklungen in den Staaten Südosteuropas vorgenommen werden. Wir fragen: Wie und warum haben einige Länder der Region den Euro eingeführt? Welche wirtschaftlichen und sozialen Folgen hat die Währungsumstellung für sie? Wir betrachten aber auch die andere Seite der Medaille: Warum zögern Länder in der Region, dem Euro beizutreten, oder erfüllen (noch) nicht die Kriterien für eine Mitgliedschaft, wie etwa Serbien, Ungarn und Rumänien?

Schließlich veranschaulicht das Beispiel Griechenlands aus dem Jahr 2015 die Risiken, die mit einem möglichen Austritt aus dem Euroraum verbunden wären.

Diese Beispiele verdeutlichen, vor welchen Herausforderungen der Euro in Südosteuropa steht. Manche Regierungen nehmen eine kritisch-abwartende Haltung gegenüber einem Euro-Beitritt ein, vor allem Ungarn, Rumänien, Serbien, Nordmazedonien und Albanien. Bulgarien versuchte seit Jahren, die Konvergenzkriterien für die Einheitswährung zu erfüllen. Anfang Juni 2025 haben die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank offiziell beschlossen, dass Bulgarien ab 01. Januar 2026 das 21. Mitglied der Eurozone werden soll.

Die Invasion Russlands in die Ukraine im Februar 2022 hat diesen länderspezifischen Herausforderungen eine geopolitische Dimension hinzugefügt. In deren Folge bewerten Regierungen in der Region ihre strategischen Optionen und Zeitpläne für die EU-Integration und die Einführung des Euro neu. Die Überwindung von Währungsrisiken oder die Betonung der nationalen Währungssouveränität stellen neue politische Zielvorgaben für einen Beitritt in oder den Verbleib außerhalb der Euro-Zone dar.

Tabelle 1: **Der Euro in Südosteuropa in 2025**

Land	Euro-Einführung	Zeitpunkt	Zustimmung/Ablehnung
Albanien	nein SEPA-Mitglied	offen	keine Angabe SEPA-Mitglied
Montenegro	Euro ohne Euro-Zone SEPA-Mitglied	2002	mehrheitlich akzeptiert
Kosovo	Euro ohne Euro-Zone	2002	mehrheitlich akzeptiert
Nordmazedonien	nein	offen	nein
Bosnien und Herzegowina	Bindung an Euro	2002	nein
Bulgarien	ja	Januar 2026	nein
Griechenland	ja	2001	Grexit-Option in 2015
Kroatien	ja	2023	ja
Ungarn	nein	nein der Orbán-Regierung	nein
Rumänien	nein	offen	kein Konsens
Slowenien	ja	2007	Euro nach drei Jahren EU-Mitgliedschaft
Serbien	nein	nein der Vučić-Regierung	SEPA-Antrag